

# Wilsdruffer Tageblatt

Rationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Ausgabestellen 2 RM. Im Monat, bei Inzahlung durch die Post 2,30 RM., bei Vorbestellung 2 RM. Zugleich Wochenschrift für Wilsdruff u. Umgegend. Die Postanstalten sind verpflichtet, den Wilsdruffer Tageblättern den Postcharakter zu erteilen. Die Postgebühren sind zu zahlen. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Postämtern zu beziehen. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Postämtern zu beziehen. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Postämtern zu beziehen.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Postämtern zu beziehen. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Postämtern zu beziehen. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Postämtern zu beziehen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 154. — 86. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 5. Juli 1927

## Im Schatten der Wahlen.

Mit ziemlicher Spannung hat man die Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei erwartet, weil das künftige Verhalten dieser Partei eigentlich zum Drehpunkt unserer Innenpolitik mehr denn je geworden ist. Der Parteiausschuss hat nun einen Beschluss gefasst, der trotz seiner vorsichtigen Fassung doch beträchtliches Aufsehen erregt hat, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß gewisse politische Kreise aus ihm fast eine Kündigung — oder zum mindesten die Möglichkeit einer solchen — der Koalition mit der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei herauslesen können, denn der Beschluss lautet:

„Der Reichsparteiausschuss der Deutschen Zentrumspartei billigt die Politik der Zentrumspartei in der Deutschen Nationalen und spricht ihr sein Vertrauen aus. Auf Grund der bisherigen Haltung der Reichspartei ist der Reichsparteiausschuss überzeugt, daß die Fraktion auch in Zukunft eine selbständige, nach allen Seiten hin unabhängige Politik im Dienste des Volksganzen führen wird.“

In Preußen steht das Zentrum innerhalb der Weimarer Koalition in fester Bindung mit den Linksparteien und hat es erst jüngst wieder abgelehnt, an diesem Verhältnis irgend etwas zu ändern. Im Reich ist auf Grund der bekannten „Richtlinien“ eine Koalition mit der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei nicht ganz unvorstellbar, doch die politische rechtstehende Vaterländische Volkspartei zu einem allmählichen Wiedereintritt an das Zentrum herangeführt werden soll. Diese Koalition aber hat nun schon mehrfach allerdings die Laßungspöben durcheinander müssen, die zwar bestanden wurden, die Festigkeit des Bündnisses aber nicht gerade verhärtet. So stimmte das Zentrum beim Sperrgesetz gegen den Beschluss des Kabinetts und gegen die drei anderen Koalitionsparteien. Als weiteres kommt der Kampf um die Zollvorlage in Betracht, weil hierbei die dem Zentrum angehörenden Mitglieder des Preußensabministers das Vorgehen der preussischen Regierung gegen die Vorschläge der Reichsregierung mitzumachen zu scheinen und dadurch dieselbe schwerwiegende innenpolitische Konflikte heraufbeschwören können — und nun kommt dieser Beschluss des Reichsausschusses, wonach die Zentrumspartei des Reichstages „eine selbständige, nach allen Seiten hin unabhängige Politik“ treiben soll. Unabhängig, selbständig also auch nach rechts hin gegenüber den drei anderen Koalitionsparteien. Und dieser Beschluss ist zudem in einem Augenblick gefasst, da die innenpolitische Situation als recht gespannt bezeichnet werden muß. Das erinnert einigermassen an die Stellung, die die Zentrumspartei vor zwei Jahren gegenüber dem Kabinett Luther einnahm, wo zwar auch Vertreter dieser Partei saßen, trotzdem aber ausdrücklich eine feste Bindung abgelehnt wurde. Das hat freilich nicht gehindert, daß diese somit noch lockerere Koalition innenpolitisch weit schwerere Belastungsproben überwand. So zudem bürnen kurzem der Reichstag in die Ferien geht, also die große politische Sommerpause anhebt, ist der jetzige Beschluss des Zentrums vielleicht doch nur als Geste anzusehen.

Man wird dabei freilich auch nicht vergessen dürfen, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der Zentrumspartei, die sich an den Namen Birth knüpfen — er selbst nahm an der Sitzung teil und billigte den Beschluss —, dabei wohl auch Rolle gespielt haben. Der Wahlkampf des kommenden Jahres wirkt ja schon stärker, als der ruhenstehende vielleicht denkt, seine Schatten voraus. Vor allem deswegen, weil sich noch gar nicht sagen läßt, unter welcher Wahlparole man in den Kampf ziehen wird. Wie also der künftige Reichstag ausfallen wird? Die seit 1924 erfolgten Wahlen in einigen Ländern geben durchaus kein eindeutiges Bild, auch nicht die jüngsten in Mecklenburg-Strelitz, wo auf der Linken die Sozialdemokraten zwar fast 4000 Stimmen gewannen, die Kommunisten aber 6000 verloren haben, so daß der Stimmenverlust der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei mit rund 2500 den verschiedenartigen Wirtschaftsparteien zugute gekommen ist.

Vielleicht ist überhaupt dieses Ergebnis das Charakteristische, Vorbedeutende für den kommenden Wahlkampf; das Wirtschaftliche drängt sich immer stärker in den Vordergrund, zumal es an brennenden außen- wie innenpolitischen Fragen kurzelt doch eigentlich ganz fehlt, höchstens ein Teil des Volkes von ihnen betroffen wird. So bleibt die Innenpolitik — auch trotz des Zentrumsbeschlusses — vorläufig in einem Schwebezustande, der freilich eines Tages ein überraschendes Ende haben kann.

### Zwischenfall

#### an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze.

Eigener Fernsprekdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Belgrad, 5. Juli. (tu.) Eine Abteilung bulgarischer Kommando ging bei Belandowa auf jugoslawisches Gebiet über. Die jugoslawische Grenztruppe trieb die Kommandos in die Flucht und ließen mehrere Tote zurück. Von der Grenztruppe wurden einige leicht verletzt.

## Die Zollvorlage an den Ausschuss verwiesen.

### Agrarzölle vor dem Reichstag.

Regierungs- und Reichsratsvorschl. Eine der wichtigsten und umstrittensten Probleme der inneren Politik wurde Montag der Reichstagsausschuss unterbreitet. Die Weltwirtschaftskrisis in Senf hat sich bekanntlich dahin ausgeprochen, daß die von den verschiedenen Staaten gegeneinander errichteten Zollmauern teilweise abgetragen werden müßten, da sonst die allgemeine Weltwirtschaftskrisis, die seit dem Abbruch des großen Krieges eingeleitet hat, zum Dauerzustand werde. Die Reichsregierung hat dieser Anregung insofern Rechnung getragen, als sie vorgeschlagen, die Zolltarifnovelle von 1925 ohne Erhöhungen weiterbefehlen zu lassen, aber im Interesse der schwer kämpfenden deutschen Landwirtschaft gewisse Erhöhungen für Einfuhr von frischen Karstoffeln, Schweinefleisch und Jucker vorzunehmen. Die inländische Zuckersteuer soll ungefähr um die Hälfte ermäßigt werden. Die Vertretung der Länder, der Reichsrat, hat nun diese Erhöhungen abgelehnt und will es bei den bisherigen Sätzen belassen. Dadurch entstand eine schwierige Situation und die Reichsregierung entschloß sich, eine Doppelvorlage an den Reichstag zu bringen, das heißt, ihren eigenen Entwurf und die Beschlußfassung des Reichsrats. Wie nun auch der Entscheid des Reichstages ausfällt, so bleibt die Entwicklung doch vorläufig unübersehbar. Wird die Regierungsvorlage angenommen, müßte der Reichsrat seinen Beschluss wieder umstoßen; das erscheint immerhin ziemlich fraglich. Schied der Reichsrat seine Pläne unverändert an den Reichstag zurück, so könnte dieser nur mit Zweidrittelmehrheit der Reichsregierung zum Siege verhelfen. Eine Lösung muß sich erst aus der durch zwei Ministerreden eingeleiteten Auseinandersetzung der Reichsböten ergeben.

### Sitzungsbericht.

(333. Sitzung.) CB. Berlin, 4. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über Zolländerungen und des Gesetzesentwurfes über Erhöhung des Zuckersollens und Änderungen des Zuckersteuergesetzes, womit die Gelegenheit zur Ausrottung der gesamten

### Zollfragen

gegeben ist. Nach der Vorlage über Zolländerungen soll die Geltungsdauer der Zolltarifnovelle von 1925, die am 31. Juli dieses Jahres außer Kraft treten würde, bis zum 31. Dezember 1929 verlängert werden mit der Änderung, daß der Zoll für frische Karstoffeln vom 1. August bis zum 14. Februar eine Reichsmark statt bisher 50 Pfennige betragen soll. Der Reichsrat hat diese Zolländerung abgelehnt. Der Zucker- und Jucker Zoll soll nach der Regierungsvorlage von 10 Mark auf 15 Mark für den Doppelzentner erhöht werden. Auch diese Zolländerung hat der Reichsrat abgelehnt. Die Zuckersteuer soll nach der Regierungsvorlage, die die Zustimmung des Reichsrates gefunden hat, von 22 Mark auf 10,50 Mark für den Doppelzentner gesenkt werden.

### Reichsernährungsminister Dr. Schiele

leitete die Verhandlungen ein und führte aus, daß infolge der Unsicherheit der Wirtschaftslage und der noch nicht durchgeführten Stabilisierung in verschiedenen europäischen Ländern sich auf weiten Wirtschaftsbereichen nach nicht übersehen lässe, ob die neuen Zölle richtig bemessen sein würden. Auch die auf der Weltwirtschaftskonferenz gefassten Beschlüsse seien geeignet, in tiefgehender Weise auf die Bestimmung des neuen Zolltarifes einzuwirken. Die Reichsregierung schlage daher die Verlängerung der Zolltarifnovelle vor. Nur bei den Zucker- und Karstoffzöllen und bei dem Zoll für frisches Schweinefleisch seien Erhöhungen vorgesehnen. Der Zensus, allgemein das Zollniveau zu senken, sehe durchaus nichts im Wege. Der Minister wies darauf hin, daß die Zollentnahmen von 500 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 940 Millionen Mark im Jahre 1926 steigen seien. Die Zollbelastung zusammen mit der Belastung

### Griechenland will die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland abbrechen.

Wien, 5. Juli. (tu.) Wie die „Reichspost“ meldet, wird die griechische Regierung sehr energische Maßnahmen gegen die kommunistische Propaganda unternehmen. Nachdem alle bisherigen Schritte nichts gebracht haben, will die griechische Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland in Erwägung ziehen, nachdem sie mit mehreren Staaten Rücksprache genommen hat.

### Aufgaben der Weltnothilfe.

Erläuterung durch Dr. Kälz.

Der frühere Reichsminister des Innern, Dr. Kälz, ist zum Vorsitzenden der in Genf zu eröffnenden Konferenz zur Schaffung einer Weltnothilfeorganisation berufen worden. Dr. Kälz hat der Genfer Presse eine Abhandlung zugehen lassen über die Aufgaben, die einer solchen vom Völkerbund angeregten Organisation aufzulösen sollen.

für Verbrauchssteuern bedeute eine verhältnismäßig allzuhohe Inanspruchnahme der Bevölkerung. Aus diesem Gedanken heraus sei die Absicht entstanden, die Zuckersteuer um 50 Prozent zu senken.

Die Reichsregierung gehe damit unter die Friedensbesteuerung von Zucker herunter. Der Minister begründete dann die beantragten Zolländerungen für landwirtschaftliche Produkte. Er beschränkte die Vorlage im Widerspruch zu den Entschlüssen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Die Vorlage wolle ein Versäumnis nachholen und eine Verpflichtung gegenüber der deutschen Landwirtschaft erfüllen, die durchaus im Sinne der Ideen der Weltwirtschaftskonferenz liege. Es sei für alle Länder Europas und vor allem für Deutschland eine zehnjährige Notwendigkeit, den arbeitslosen Markt zu pflegen. Bei der unvorstellbar hohen Belastung der deutschen Wirtschaft sei es aber unmöglich, daß Deutschland allein mit gutem Beispiel vorangehe. Die Vorlage erstrebe vor allem einen

verhärteten Schutz der bäuerlichen Produktion, bei der die Einfuhr den ungeheuren Betrag von 1 1/2 Millionen erreiche. Hier würde der Zollschutz unmittelbar zu einem wirksamen Bauern- und Landarbeitererschutz. Die Zollvorlagen seien keine Bevorgung der großen Landwirte. Die Struktur des Karstoffelbaues sei mit 80 Prozent, die der Schweinehaltung mit 80 Prozent bäuerlich, insbesondere Kleinbäuerlich. Das Programm der inneren Kolonisation könne nur mit einem Bauernschutz durchgeführt werden, zu dem die Zollvorlagen beitragen sollen. Die Erhebung der Produktionskraft durch Zollschutz sei nicht mehr eine Frage der Rentabilität, sondern auch der Lusthaft zu einer schöpferischen Sozialpolitik, der Vermehrung des Eigentums in Stadt und Land. Möglichkeiten dafür liegen in Deutschland vor.

Die Vorlage der Reichsregierung sei eine Gewähr, daß wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch und bevölkerungspolitisch Bedürfnisse und Bestrebungen vorliegen, welche mit dem vorkommenden unvorstellbaren Stand der deutschen Volkswirtschaft gegenüber dem Weltmarkt zusammenhängen. Lebhafter Beifall bei den Regierungspartei.

### Die Stellung der Parteien.

Abg. Hilteding (Soj.) erklärte, die Rede des Ministers Schiele gefährde die ganze Außen- und Wirtschaftspolitik. Wenn jetzt, so meinte er, zur Zeit der allerhöchsten Karstoffelpreise und der höchsten Karstoffelnoten die Verbilligung des Karstoffelzollens verlangt werde, so sei das die höchste Privilegien, die sich eine Regierung erlauben dürfe. Der Zuckerzoll sei nur dazu bestimmt, die Karstellente der Zuckerindustrie zu heiligen. Deutschland stände im Zuckerbedarf an dritter Stelle. Nur in Italien und Rußland werde noch weniger verbraucht. Die Sozialdemokratie werde die Vorlage ablehnen. Obstruktionspläne der Kommunisten seien freilich sinnlos, denn die Nichtverlängerung der bisherigen Sätze würden die höheren autonomen Sätze wieder in Kraft treten.

Abg. Goerle (Komm.) lehnte jede Zolländerung ab und meinte, die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz seien genau so wertlos wie die der Weltabfertigungskonferenz. Abg. Weher-Vorlin (Dem.) übte scharfe Kritik an der Verschleppung der Zollvorlage. Die jetzige Vorlage der Regierung diene jedoch weder den wirtschaftlichen Bedürfnissen Deutschlands noch seinem internationalen Prestige. Aus dem Minister für Ernährung sei im Laufe der Zeit ein Minister für Verteuerung der Ernährung geworden. Die demokratische Partei hätte volles Verständnis für den Schutz der Produktion, aber nicht ohne gleichzeitig die Bedürfnisse der Verbraucher zu beachten. Die demokratische Fraktion stelle sich deshalb auf dem Boden der Reichsratsbeschlüsse, die auch die Reichsparteien beachten sollten.

Abg. Urbahn (Linkskommunist) bezeichnete die Vorlagen als den Versuch einer brutalen Ausplünderung der Verbraucher.

Abg. Penning (Völk.) kritisierte den Nebenerwerb der Linken jede Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse ab. Wenn es den Agrariern wirklich so gut ginge, dann hätten sich die Juden längst der Landwirtschaft bemächtigt.

Abg. Dr. Feder (Nat.-Soj.) wandte sich gegen die Weltwirtschaftskonferenz. Dort hätte das jüdische Finanzkapital die Führung gehabt. Damit schloß die Aussprache und die Vorlagen wurden dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Ziel der Konferenz, heißt es in der Veröffentlichung, geht dahin, einen Weltbündnisverband zu gründen, in dem die in ihm zusammengeschlossenen Staaten Träger einer im Statut selbst näher umschriebenen Hilfeleistung sind. Der Weltbündnisverband, der seinen Sitz beim Völkerbund hat, soll bei Katastrophen beiseite eingreifen, die durch höhere Gewalt verursacht sind und deren Schwere die Kräfte oder die Hilfsquellen des betroffenen Volkes übersteigt. Diese Hilfe soll grundsätzlich nicht die Wiederaufbauarbeit umfassen, vielmehr ist an eine unverzügliche Hilfeleistung gedacht, die den Verheerungen Einhalt gebietet, die Bevölkerung dem Unglück entzieht und ihr die Folgen eines hilflosen Zustandes erspart. Die nationalen und die internationalen Organisationen des Roten Kreuzes sollen hierbei in Anspruch genommen werden.

Seiner Organisation nach soll der Weltbündnisverband ein Staatenbund sein. In diesem Bund ist jedes beitretende Land durch einen Repräsentanten vertreten, und zwar nach seinem Versehen durch seine Regierung oder durch seine nationale Rot-Kreuz-Gesellschaft. Die